FISKALPAKT

Hollande bleibt hart

Bundeskanzlerin Angela Merkel rechnet nicht damit, dass eine Einigung über die Euro-Politik mit dem neuen französischen Präsidenten François Hollande noch vor den dortigen Parlamentswahlen am 10. und 17. Juni möglich ist. Zu Kompromissen werde es vermutlich erst vor dem EU-Gipfel Ende Juni kommen, heißt es im Kanzleramt. Hollande war am vergangenen Dienstag zum Antrittsbesuch nach Berlin gereist. Im Wahlkampf hatte er wiederholt erklärt, den von Merkel durchgesetzten Fiskalpakt neu verhandeln zu wollen. Das Kanzleramt geht davon aus, dass Hollande das Abkommen nicht wieder aufschnüren, sondern lediglich um einen sogenannten Wachstumspakt ergänzen will. Obwohl Merkel im französischen Wahlkampf für den konservativen Amtsinhaber Nicolas Sarkozy geworben hatte, hofft man in ihrer Umgebung nun auf einen Sieg von Hollandes Sozialisten bei der Parlamentswahl (siehe Seite 84). Mit einer bürgerlichen Mehrheit im Parlament werde die deutsch-französische Zusammenarbeit noch komplizierter, als sie derzeit sei.

SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

Merkel, Hollande

VORRATSDATEN

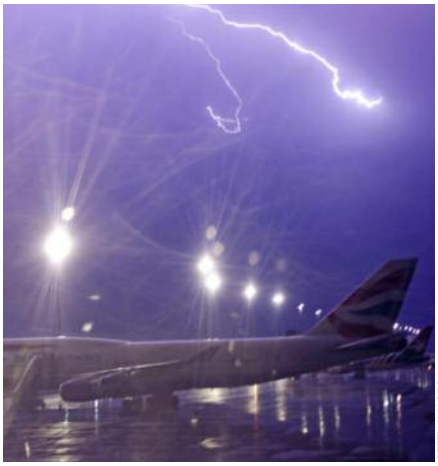
„Eindringliche“ Bitte

Im Streit um die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung hat Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) der Bundesjustizministerin vergangene Woche ein Kompromissangebot unterbreitet. In einem Brief an die „liebe Frau Leutheusser-Schnarrenberger“ schrieb Friedrich, er sehe für den Fall, dass Brüssel einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie vorlege, „durchaus Raum für Kompromisse etwa bei der Dauer der Speicherverpflichtung oder bei den Regelungen zur Verwendung der Daten“. Die Justizministerin lehnt eine anlasslose sechsmonatige Speicherung von Telefon- und Internetdaten bislang kategorisch ab und verweist darauf, dass Brüssel angekündigt habe, seine Richtlinie zu überarbeiten. Wegen der kompromisslosen Haltung der FDP-Ministerin droht Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof. Friedrich bittet Leutheusser-Schnarrenberger daher „eindringlich“, der bestehenden Verpflichtung nachzukommen.

ZAHL DER WOCHE

30 Blitzeinschläge

in Flugzeuge deutscher Airlines hat das Luftfahrt-Bundesamt (LBA) dieses Jahr bislang registriert. Die Fluglinien sind verpflichtet, dem LBA ein derartiges Ereignis zu melden. Vergangenes Jahr gingen 46 solcher Störungsmeldungen ein. Blitzeinschläge in Flugzeuge verursachen meist lediglich einen lauten Knall, sie können aber auch zum Ausfall von Bordinstrumenten führen.



GETTY IMAGES